

V. Sitzung.

Protokoll über die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 16. April 1923 um 1/2 5 Uhr nachmittags.

Tagesordnung:

Voranschlag für 1923.

Anwesende: Vorsitzender Bürgermeister Wokral, Vicebürgermeister Dedic und Russmann.
Die Gemeinderäte: Baumgartner, Buschberger, Fischer, Frühwald, Grömmner, Hitzlhammer, Klement, Kisely, Lebeda, Neuhold, Radmoser, Reisinger, Ruckerbauer, Saiber, Schreiber, Schwandtner, Stallinger, Steinbrecher, Tribrunner, Vogl, Witzany, Pfaff.
Vom Magistrate: Magistratsdirektor Dr. Ferd. Häuslmayr. Als Schriftführer: Karl Kapinus.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 3/4 5 Uhr nachm. und konstatiert die Beschlussfähigkeit. Als Protokollprüfer sind an der Reihe die Gemeinderäte Pfaff und Witzany. Sodann teilt Bürgermeister Wokral mit, dass der Voranschlag in der Zeit vom 27. März 1923 bis 9. April 1923 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt war und keine Einwendungen erhoben wurden. Er konstatiert ferner, dass die Sitzung rechtzeitig einberufen und die Zustellung der Einladung an alle Gemeinderäte ausgewiesen erscheint und führt sodann aus:

Ich konstatiere, dass die Angehörigen der Minorität nicht erschienen sind. Ich bedaure dies, denn gerade die Präliminarberatungen wären geeignet gewesen, alle Wünsche und Beschwerden vor der Öffentlichkeit zu erörtern. Wir glaubten, dass die Minderheit diese Gelegenheit mit Freuden ergreifen werde, Sie waren indes anderer Anschauung und haben es vorgezogen, der Sitzung fern zu bleiben. Nach dem Statute soll der Voranschlag im November des Vorjahres dem Gemeinderate zur Genehmigung vorgelegt werden. Die unsicheren Verhältnisse haben es mit sich gebracht, dass das Präliminare erst jetzt fertiggestellt werden konnte. Wir glauben die Verpflichtung zu haben, darüber zu beraten und zu beschließen. Wir sind eigentlich jetzt in einem ungesetzlichen Zustande, wir könnten nichts zahlen, weil wir vom Gemeinderate kein Recht hiezu erhalten haben. Daher haben wir unter allen Umständen die Pflicht den Voranschlag zu beraten zur Aufrechterhaltung der Verwaltung, auch dann, wenn sich einzelne Teile des Gemeinderates absentieren. Wir müssen darauf verzichten, die Wünsche und Beschwerden der Opposition entgegenzunehmen.

Bgmst. Wokral stellt die Frage, ob eine Einwendung gemacht wird, dass gleich in die Spezialdebatte eingegangen werde.

G.R. Tribrunner stellt den Antrag, dass nicht jede einzelne Post, sondern nur die Schlussposten zur Verlesung gelangen. Dieser Antrag wird vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister erteilt dem Referenten G.R. Saiber das Wort und dieser berichtet:

Dem heurigen Präliminare kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Der heurige Voranschlag soll nicht nur die aktiv- und Passivposten für das Verwaltungsjahr 1923 festlegen, sondern es soll sozusagen eine Art Bilanz über die nunmehr zu Ende gehende Funktionsperiode der zum ersten mal auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes berufenen Gemeindevertretung sein. Wenn wir heute am Ende dieser Periode der Bevölkerung Rechenschaft legen, so können wir jeder sachlichen Kritik ruhig ins Auge schauen. Wir haben in der Gemeinde die Interessen der gesamten Bevölkerung, insbesondere die Interessen der autonomen Gemeinde wahrhaftig besser und würdiger vertreten als unsere Vorgänger. Wer nicht vom blinden Parteihasse geblendet unsere Arbeitsleistung in der abgelaufenen Funktionsperiode würdigt, wird zugeben, dass wir im Hinblick auf die Schwierigkeit der Situation geradezu Unmenschliches geleistet haben. Ich spreche das Wort „Unmenschliches“ mit vollem Rechte aus; es soll kein Selbstlob sein, bloß die Konstatierung einer Tatsache. Denken wir zunächst an die Zeit zurück, wo wir die kommunale Verwaltung in Steyr übernommen haben! Der Krieg war verloren, der Staat zusammengebrochen, die Volkswirtschaft auseinandergerissen, das Volk in tiefster Not und Verzweiflung über den Ausgang des verbrecherischen Krieges, die früher regierenden machtlos und kopflos. Damals waren es die

sozialdemokratischen Vertrauensmänner, die unser Vaterland vor dem Äußersten, dem Bürgerkrieg bewahrt haben. Das haben anständige und ehrliche Führer unserer Gegner jederzeit anerkannt. Wir haben also die Führung der Geschäfte in einer Zeit der furchtbarsten Not übernommen und es war und von vornherein klar, dass dieses, in einer Nacht zusammengebrannte Haus nicht in wenigen Wochen, Monaten oder Jahren wieder aufgebaut werden könnte. Die Neuwahlen haben unserer Partei die Mehrheit gebracht. Die früher allmächtigen Deutschnationalen haben von ihren 23 Mandaten - und das war wirklich ein Volksgericht - am Wahltag 20 Mandate verloren. Wir haben die Verwaltung in einem Zustand mittelalterlichen Zuschnittes übernommen. Wir sind sofort zu Reformen geschritten, die allerdings durch besondere Umstände verzögert wurden. Wir sind nunmehr mit diesen Arbeiten fast zu Ende und können dem neuen Gemeinderat einen modern organisierten Magistrat übergeben, der den ihm gestellten Aufgaben völlig gerecht werden kann. Das furchtbarste Erbe, das wir übernommen, war die Wohnungsnot. Wie in allen Städten, in denen eben früher auf Grund eines privilegierten Wahlrechtes nur die Bürgerlichen geherrscht haben, war auch in Steyr die Wohnungsnot ungemein drückend. Die früheren Machthaber hatten auf diesem Gebiete so gut wie nichts getan. Die Not der Arbeiter hatten sie nie am eigenen Leibe verspürt, sie hatten kein Verständnis für das Aufstreben der Proletarier, sie betrachteten das Wohnungsproblem, obwohl von den Sozialdemokraten rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, als eine bloße Sache des Privatkapitals und kümmerten sich wenig oder gar nicht, dieses Problem auch nur zu studieren. Die neue Gemeinde hat in der Zeit des Geldmangels, in einer Zeit, wo es noch dazu schwierig war, die notwendigen Materialien zu erhalten, selbst wenn man das nötige Geld hatte, ungefähr 300 Wohnungen geschaffen und die Wohnungsgenossenschaften auf das Tatkräftigste unterstützt, während die früheren Machthaber es in ihrer jahrzehntelangen Herrschaft auf ein ganzes Haus gebracht haben. Wir haben ferner den Realbesitz der Stadtgemeinde in geradezu großzügiger Weise vergrößert und heute repräsentiert der Grundbesitz der Stadtgemeinde Steyr einen in die Milliarden gehenden Wert.

Der Realbesitz betrug im Jahre 1913	200 ha, 59 a, 30 m ²
im Jahre 1923	208 ha, 55 a, 87 m ²
es ist somit eine Vermehrung um	7 ha 96 a 57 m ² eingetreten.

Dass eine sozialdemokratisch geleitete Gemeinde dem Schulwesen ihre besondere Aufmerksamkeit schenkt, ist wohl ein Ding der Selbstverständlichkeit. Durch Widmung eines zu Wohnzwecken bestimmten Hauses wurde eine fünfklassige Doppelvolksschule geschaffen, die im September 1919 ihrer Bestimmung übergeben wurde. Unsere ganze Kraft haben wir dem Fürsorgewesen gewidmet. Zwei Kindergärten wurden errichtet, die Ausspeiseaktion hat von der Gemeinde die weitgehendste Unterstützung und Förderung erfahren, so wurde im Jahre 1922 für diesen Zweck allein ein Betrag von 7 ½ Millionen Kronen aufgewendet. Für das Jugendamt hat die Gemeinde Steyr aufgewendet:

Im Jahre	1919	82.357 K
	1920	422. 883 K
	1921	2,652.310 K
	1922	110,795.300 K
zusammen also:		113,952.850 K

Der Voranschlag für das Jahr 1923 sieht auf diesem Gebiete eine Post von rund 350 Millionen K Kronen vor. In ausgiebiger Weise wurde die Tuberkulosefürsorge unterstützt, dem Schulärzteswesen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt und die Mutterberatungsstelle geschaffen. Das städt. Jugendamt nunmehr mit dem Armenamt zum Fürsorgeamt vereinigt, hat eine so segensreiche Tätigkeit entfaltet, dass es heute wahrlich nicht mehr entbehrt werden könnte. Die Arbeitslosen hat der Gemeinderat, soweit es eben seine Mittel erlaubten, auf das Tatkräftigste unterstützt. Die schwerste Sorge bedeutete naturgemäß die Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichtes im Haushalte der Stadt. Wir haben uns der äußersten Sparsamkeit beschränkt. Die größten Kosten verursachen die Personalauslagen. Die wahnsinnige Finanzpolitik der bürgerlichen Regierung hat eben die Preise aller Bedarfsartikel derart verteuert, dass die Löhne und Gehälter entsprechend geregelt werden mussten. Beim Magistrate Steyr sind keinesfalls zu viel Beamte angestellt. Wir haben auch auf diesem Gebiete das Möglichste getan. Im Jahre 1919 haben wir fünf Hilfskräfte abgebaut, in der Zeit von 1919 bis 1921 wurden elf Pensionierungen vorgenommen, ohne dass Neuaufnahmen

stattfinden. Ein Großteil der provisorischen Hilfskräfte ist im Arbeitslosenamt tätig, das eben mit Rücksicht auf die Krise in der Waffenfabrik mit Arbeit überhäuft ist. Wir haben in der letzten Zeit allerdings 3 Fachbeamte aufgenommen, darunter 2 der Minorität so unangenehme Steuerbeamte, die wir, das gebe ich zu, sicherlich nicht - wie die Steyrer Zeitung vielleicht meint, zum Fliegen fangen aufgenommen haben. Wir haben im Februar d.J. das Invalidenamt übernommen, ohne Personalvermehrung. Wir haben in diesem Jahre das Wirtschaftsamt aufgelassen und die früher mit dem Wirtschaftsamt verbundene Holzstelle dem Bauamt angegliedert, das früher selbstständige Jugendamt wurde mit dem Armenamt und das Arbeitsvermittlungs- und Erwerbslosenfürsorgeamt zu einem Fürsorgeamt zusammengelegt, sodass wir drei leitende Posten auf diese Weise ersparen. Mit der Erhöhung bestehender Abgaben, wie es im Interesse der Gemeindefinanzen notwendig gewesen wäre. Wir haben durch die Verschleppungstaktik des Landtages in der Regel ganz andere Kronen erhalten als wir beschlossen haben. Hiezu einige Beispiele:

Im September 1922 hat der Gemeinderat die Erhöhung bzw. Valorisierung nachstehender Abgaben beschlossen:

- 1.) Konzessionsabgabe: Das Gesetz ist bis heute nicht erschienen;
- 2.) Gebühren für baupolizeiliche Amtshandlungen; das Gesetz ist vor einigen Tagen publiziert worden.
- 3.) Erhöhung der Kanzlentaxe: das Gesetz ist bis heute nicht publiziert worden.
- 4.) Erhöhung und Erweiterung der Ankündigungsabgabe: das Gesetz ist vor einigen Tagen publiziert worden.
- 5.) Erhöhung der Kraft- und Kutschwagensteuer: das Gesetz ist vor einigen Tagen publiziert worden.

Am 27. Oktober 1922 hat der Gemeinderat ein Abgabenermächtigungsgesetz, eine Hockersteuer und den sogenannten Interessenbeitrag beschlossen; die Gesetze sind bis heute nicht publiziert worden. Das famose Wiederaufbaugesetz hat die Gemeinden angewiesen, ihre Defizite aus den Realsteuern zu decken, d.h. aus den Umlagen für Grundsteuer und zur Hauszinssteuer, also aus Abgaben, welche direkt auf die konsumierende Bevölkerung überwältzt werden müssen.

So könnte ich eine Anzahl von Beispielen noch anführen, welche uns zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes des Gemeindehaushaltes hinderlich im Wege standen.

Ich hätte ihnen hiemit ein kurzes Resümee über unsere 4-jährige Tätigkeit im Gemeinderate gegeben und muss mit Befriedigung konstatieren, dass jeder von uns sich redlich und mit ehrlichem Willen bemühte - seine ganze Kraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, um in der schwersten Zeit des wirtschaftlichen Überganges für das Wohl der Bevölkerung das Menschenmögliche zu leisten. Die Berge von Schutt sind nun weggeräumt, die Bahn ist frei und ich wünsche, dass die neuen Männer des Gemeinderates das Werk vollenden, was wir begonnen und beginnen wollten zum Gedeihen der Stadt und für das Wohl der Gesamtbevölkerung.

Bravo Rufe!

Gemeinderat Saiber verliest sodann die Schlussziffern der einzelnen Rubriken, und zwar:

Erfordernis		Bedeckung:
	Rubrik I (Gemeindevermögen)	
227,130.112		6,276.528
	Rubrik II (Gebäude und Grundbesitz)	
480,916.294		281,981.484
	Rubrik III (Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte)	
12,760.000		21,999.991
	Rubrik IV (Gemeindeverwaltung)	
1,988,500.000		145,361.300
	Rubrik V (Sicherheitswesen)	
1,419,500.000		11,500.000
	Rubrik VI (öffentliche Arbeiten)	
2,285,000.000		711,000.000

	Rubrik VII (Gesundheitswesen)	
348,000.000		372,120.000
	Rubrik VIII (Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft)	
1,020,809.250		90,583.778
	Rubrik IX (Militärangelegenheiten)	
81,675.000		48,048.000
	Rubrik X (Armenwesen)	
356,720.477		212,600.000
	Rubrik XI (Verschiedenes)	
263,066.000		1,083.010.000
	Rubrik XII (Gemeindebesteuerung)	
709,700.000		1,000.000
	Summe der Erfordernisse	9,193,771.133
	Bedeckung	2,985,481.081
	ergibt einen Abgang v.	6,208,290.052

Gemeinderat Saiber gibt zu den einzelnen Posten, soweit es notwendig erscheint, Details bekannt. Jede einzelne Rubrik wird zur Abstimmung gestellt und alle ohne Debatte einstimmig genehmigt. Weiterhin verliert Gemeinderat Saiber den Auszug der von der Stadtkasse dotierten und anderen Fonde.

Erfordernis:		Bedeckung:
	1.) Armeninstitut.	
376,585.425		376,585.425
	2.) Milder Versorgungsfond	
7,248.000		7,248.000
	3.) Stiftungen, Legate und Pfründen)	
61.880		61.880
	4.) Armenhausbaufond	
8.136		8.136
	5.) Armenverpflegsfond	
9.000		9.000
	6.) Öffentliches Krankenhaus	
2,315,516.100		2,315,516.100

welche ebenfalls ohne Debatte einstimmig angenommen werden.

G.R. Tribrunner führt aus:

Der Herr Referent hat bereits die Verschlechterung der allgemeinen Finanzlage und die Schwierigkeit erwähnt. Beim Präliminare vor vier Jahren hatte man noch mit Zahlen von wenigen Millionen zu rechnen, heute mit Milliarden. Schon daraus geht hervor, unter welch schwierigen Verhältnissen die Gemeindevertretung arbeiten musste, er bespricht insbesondere die Industriekrise, die auch im Gemeindegeldbeutel zur Auswirkung gelangt. Das hat Steuerrückgänge bewirkt, dazu wurden der Gemeinde vom Bunde Einnahmen entzogen und trotz aller Schwierigkeiten ist es dennoch gelungen einen Voranschlag vorzulegen, der ein erfreuliches Bild gibt. Es muss als Wunder bezeichnet werden, dass ein solches Resultat aufgewiesen werden konnte und wenn die Gegner gehofft haben, dass die Gemeinde unter den außerordentlichen schwierigen Verhältnissen zusammenbrechen werde, so muss konstatiert werden, sie war nie weiter entfernt von dem Zusammenbruche als heute. Im Wohnungswesen und bei manchen anderen Kapitel wäre es wünschenswert gewesen, wenn mehr geleistet hätte werden können, wir sind nicht voll befriedigt von dem Bild, müssen aber erklären, dass es nicht möglich war in diesen Zeiten besser abzuschließen. Ich bin nun schon 16 Jahre im

Gemeinderate, ich kann Sie aber versichern, dass es noch in keinem Jahre so schwer war. Schließlich bitte er, den Voranschlag und die übrigen Anträge des Referenten anzunehmen.

Bgmst. Wokral betont, dass von einem Zusammen brechen keine Rede sein könnte, dies sei ein Wunsch der Gegner, der sicherlich nicht erfüllt wurde. Die Gemeinde befindet sich heute in der Lage, dass sie bei Vollbetrieb der Waffenfabrik mit einem Überschuss abschließen könnte.

G. R. Witzany bespricht sodann die notwendige Bedeckung der Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung, ferner die Warenumsatzsteuer und schließt: Wenn auch noch viel zu leisten ist, so können wir sagen, dass die Gemeinde während der letzten vier Jahre um ein tüchtiges Stück vorwärtsgebracht worden ist. Die mittelalterlichen Zustände in Steyr, die der Untätigkeit der früheren Gemeindeverwaltung zu verdanken sind, können nicht auf einmal behoben werden, insbesondere nicht in einer Periode der Geldentwertung. Wir können den Voranschlag der Gemeinde, der von zielbewusster tüchtiger Arbeit zeugt, mit ruhigem Gewissen annehmen.

G.R. Saiber stellt zum Schlusse namens der Präliminarkommission folgende Anträge:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1.) Der Voranschlag der Stadtgemeinde Steyr über die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1923 wird mit dem Gesamterfordernis per	9,193,777.133
und einer Gesamtbedeckung per	2,985,481.081
somit mit einem durch Steuer und Abgaben zu bedeckendem Abgange von	6,208,296.052

genehmigt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2.) Zur Bedeckung dieses Abganges werden beantragt:

1.) Zuschlag zu den Realsteuern	50,000.000
2.) Umlagen auf den richtig gestellten Mietzins	150,000.000
3.) Verbrauchsumlage auf Bier und Most mit K vom hl	—
4.) Verbrauchsumlage auf gebrannte geistige Flüssigkeiten mit K vom hl	—
5.) Verzehrungssteuerzuschlag auf Fleisch mit 30% von dem Verzehrungssteuerabfindungsbeträge der hiesigen Fleischer im Abfindungswege (einschließlich der staatlichen Überweisung per K)	—
6.) Wertzuwachssteuer	—
7.) Fremdenzimmerabgabe	7,200.000
8.) Lohnabgabe 4%	3,182,000.000
9.) Bodenwertabgabe	—
10.) Eil- und Frachtgüterabgabe	—
11.) Abgabe auf den Verbrauch von elekt. Strom 5 %	72,000.000
12.) Konzessionsabgabe	2,000.000
13.) Kraft und Kutschwagensteuer	2,000.000
14.) Pferdesteuer	20,000.000
15.) Plakatsteuer	21,000.000
16.) Zuschlag zum staatlichen Gebührenäquivalent 50%	500.000
17.) Zuschlag zu den Immobilargebühren	2,000.000
18.) Abgabenertragsanteile-Überweisung vom Bund	1,000,000.000
19.) Hockensteuer	40,000.000
20.) Warenumsatzsteuer	—
21.) Abgabe auf den Verbrauch von Gas	35,000.000
22.) Feuerwehrumlage zusammen:	4,583,700.000

gegenüber dem zu bedeckenden Erfordernis	6,208,296.052
ein Abgang von	1,624,596.052

einstimmig angenommen.

Bgm. Wokral bemerkt hiezu, dass eine Erhöhung der Steuern nicht stattfindet.

3.) Das Magistratspräsidium wird bevollmächtigt, zur Deckung des noch unbedeckten Abganges per 1,624,596.052 zeitgerecht die notwendigen Kreditaufnahmen durchzuführen. Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Bürgermeister Wokral:

Somit wäre der genehmigte Voranschlag genehmigt und die Tagesordnung erschöpft. Ich spreche jenen Mitgliedern des Gemeinderates, die im Krankenstande sind und doch erschienen sind, um die Beratung des Präliminares zu ermöglichen den besten Dank aus. Ich kann die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auch den Angestellten der Gemeinde die Anerkennung auszusprechen, dass sie immer im hohen Masse bemüht waren ihre Pflicht zu erfüllen und so zu erfüllen, dass sparsam gearbeitet werden konnte. Ich glaube, sie können auch uns ruhig zugestehen, dass wir ihnen gegenüber nicht als Arbeitgeber aufgetreten sind, sondern dass wir stets bemüht waren in gemeinsamen Beratungen ihre Angelegenheiten zu regeln. Wir haben in stürmischer Zeit das Schiff der Stadt Steyr durch zahllose Klippen hindurchgeführt und können die Erwartung aussprechen und wünschen, dass der neue Gemeinderat im gleichen Sinne zum Wohle unserer Stadt und der werktätigen Bevölkerung arbeiten wird.

Schließlich teilt er noch mit, dass nach eingeholten Informationen von einer Verlegung des Kreisgerichtes nichts bekannt sei.

Schluss der Sitzung 3/4 6 Uhr abends.

Der Vorsitzende: Wokral m.p.

Der Schriftführer: Kapinus m.p.

Die Protokollprüfer: Witzany m.p. Pfaff m.p.